

THILO GROSSER, MOGILEW

Alles ganz nach Minsker Standard

Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko hatte faire Wahlen versprochen, denn er braucht die Gunst der EU. Doch der Urnengang war eine Farce

Der Wahlkreis No. 85 im Zentrum von Mogilew, einer Industriestadt im Osten von Weißrussland, ist etwas Besonderes. Während sich in vielen Wahlkreisen maximal drei Kandidaten zur Parlamentswahl aufgestellt haben, sind hier am Sonntag ganze fünf gegeneinander angetreten. Drei von ihnen gehören sogar der Opposition an. Die übrigen zwei gelten offiziell als parteilos. „Aber unabhängig sind die nicht“, sagt Alexander Silkow, einer der Oppositionskandidaten. Die Bewerber gehörten zu den „Kandidaten der Macht“ – den Unterstützern des seit 1994 autoritär regierenden Präsidenten Alexander Lukaschenko.

Die beiden Damen vom Elektromotorenwerk, die in der Schule in Mogilew die Wahlzettel verteilen und später auszählen, beteuern, bei ihnen sei in den letzten zehn Jahren noch nie etwas gefälscht worden. Bei der vorfristigen Wahl vergangene Woche wurden jedoch ganze Studentenseminare und Soldateneinheiten zur Abstimmung herbeigeholt. Die vorfristige Wahl ist hochumstritten, weil die Stimmen Experten zufolge in unversiegelten Urnen landen.

Der Kandidat der Macht hat im Bezirk 85 gewonnen – so wie alle anderen Gefolgsleute Lukaschenkos in den insgesamt 110 Wahlkreisen des Landes. Das wurde gestern

nach der Auszählung aller Stimmen bekannt. Auch bei der letzten Parlamentswahl 2004 war die Opposition leer ausgegangen.

Die OSZE kritisierte gestern erhebliche Unregelmäßigkeiten bei der Stimmauszählung. Damit ist die zuletzt von beiden Seiten betriebene Annäherung zwischen Lukaschenko und der EU infrage gestellt. Lukaschenko hatte sich im Vorfeld der Wahl um eine Entspannung seines Verhältnisses zum Westen bemüht und einen fairen Ablauf der Wahlen versprochen. Die EU wiederum hatte in Aussicht gestellt, bei einem rechtmäßigen Verlauf ihre Sanktionen wie das Einreiseverbot für Lukaschenko und 40 weitere Regierungsvertreter zu überprüfen.

Das erneute Ausschalten der Opposition rief am Sonntagabend in

der Hauptstadt Minsk die Menschen auf die Straße. „Wahlfälschung“ und „Neuwahlen“ riefen rund 800 Demonstranten auf dem Oktoberplatz im Zentrum von Minsk. Die Oppositionsführer Alexander Milinkewitsch und Alexander Kozulin bezeichneten die Wahlen als Farce und beklagten mangelnde Überwachung der Auszählungen.

Die OSZE, die 400 Beobachter zu den Wahlen ins Land geschickt hat, verweigerte dem Ergebnis die Anerkennung. „Die Wahlen entsprechen nicht demokratischen Standards“, sagte Ann-Marie Lizin, Koordinatorin der Beobachtergruppe. In fast 50 Prozent der Fälle seien die Auszählungen zu beanstanden gewesen.

Dem neben ihr sitzenden deutschen Chef der OSZE-Mission in

Minsk, Geert Ahrens, ist die Enttäuschung anzusehen. Er hatte gemeint, in den Monaten vor der Wahl Tauwetter in Weißrussland aufzuzeigen zu sehen – so wie viele andere westliche Politiker auch.

In Diplomatenkreisen in Minsk setzten zuletzt viele nicht mehr auf die völlig zerstrittene Opposition, sondern hofften auf Reformen innerhalb des Lukaschenko-Apparates. Denn wegen der Preiserhöhungen für Öl und Gas durch Weißrusslands engen Partner Russland braucht der international isolierte Präsident unbedingt neue Partner im Westen. Das Land benötigt zudem dringend ausländisches Kapital, weil die Wirtschaft extrem schwach ist.

Hoffnung auf eine Wende schürte im August die Entlassung von zwei inhaftierten Oppositions-

politikern aus dem Gefängnis. Zugleich hatte Lukaschenko mehr Kandidaten der Opposition als jemals zuvor zur Wahl zugelassen. Und im Gegensatz zu den Wahlen vor vier Jahren löste die Polizei die Demonstrationen am Sonntag in Minsk nicht mit Gewalt auf. Gleichzeitig war der Ton in den staatlichen Medien gegenüber Europa milder geworden, berichtet Zhanna Litvina, Vorsitzende des unabhängigen Journalistenverbands in Weißrussland. Aber sie warnt. „Das ist eine reine Show.“

Die Chefin der weißrussischen Wahlkommission betonte gestern, entscheidend für das Urteil der OSZE müsse der Wahlverlauf und nicht das Ergebnis sein. „Es wird sehr schwer sein für den Westen, diese Wahlen nicht anzuerkennen“, hatte Lukaschenko bei der Abgabe seiner Stimme vor einem Pulk Kameramen am Sonntag getönt. Medienwirksam hatte er dabei seinen kleinen Sohn an der Hand.

EU-Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner erklärte gestern, sie nehme die Stellungnahme der Beobachter einschließlich der darin enthaltenen positiven und negativen Aspekte zur Kenntnis. Der Westen dürfte am Urteil der OSZE nicht vorbeikommen. Am 15. Oktober treffen sich die EU-Außenminister, um erneut über die Aufhebung der Sanktionen gegen Minsk zu beraten. Die Aussichten dafür sehen nun schlecht aus.

Russland hilft Venezuela bei Atomprogramm



Venezuela will mithilfe Russlands ein ziviles Atomprogramm starten. Darauf verständigte sich Venezuelas Präsident Hugo Chávez mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin bei einem Treffen in Nowo-Ogarjowo. Chávez erklärte, er habe ein entsprechendes Angebot Putins angenommen. Beide Länder rücken damit noch enger zusammen, nachdem sie in den vergangenen Monaten bereits mehrere Kooperationsvereinbarungen getroffen haben. Venezuela bestellte etwa Kampfflugzeuge und Waffen im Gesamtwert von 4,4 Mrd. \$ in Moskau, außerdem vereinbarte man gemeinsame Seemanöver. Die vertiefte Zusammenarbeit beider Länder richtet sich auch gegen die USA, die das Bündnis mit wachsender Besorgnis sehen. Es war der zweite Staatsbesuch von Chávez in Russland seit Juli. AP/FTD

20 000 Pakistanner fliehen nach Afghanistan

Wegen heftiger Gefechte zwischen Regierungstruppen und Extremisten sind nach Uno-Angaben mehrere Hunderttausend Menschen aus der Region Bajaur im Nordwesten Pakistans geflohen. Rund 20 000 davon hätten in den vergangenen Monaten in Afghanistan Zuflucht gesucht, teilte das Uno-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) gestern mit. Allein in den vergangenen zwei Wochen seien 600 Familien in das Nachbarland geflohen. Rund 200 Familien seien obdachlos. Bajaur ist mit einer Million Einwohnern die kleinste der halbautonomen pakistanischen Paschtunen-Regionen an der afghanischen Grenze. Sie gilt als Hochburg der Taliban und anderer mit al-Kaida verbundener Extremisten. REUTERS

Moskau und Seoul schließen Partnerschaft

Der russische Präsident Dmitri Medwedew und sein südkoreanischer Amtskollege Lee Myung-bak haben bei dem Treffen in Moskau eine strategische Partnerschaft vereinbart. Beide Länder sollten in der Raumfahrt, der zivilen Nutzung der Atomenergie und anderen Hochtechnologiefeldern enger zusammenarbeiten, sagte Medwedew. Zudem habe Südkorea Interesse, gemeinsam mit Russland Rohstoffvorkommen in der Region der fernöstlichen Halbinsel Kamtschatka auszuheben. Am Rande des Treffens unterzeichneten Vertreter des russischen Gazprom-Konzerns und der südkoreanischen Gesellschaft Kogas zudem eine langfristige Vereinbarung über Erdgaslieferungen von 2015 an aus Sibirien nach Südkorea. DPA

Melamin in britischer Schokolade gefunden

Der britische Süßwarenkonzern Cadbury hat gestern elf in China hergestellte Schokoladensorten aus dem Verkehr gezogen. In ihnen war die Chemikalie Melamin festgestellt worden, mit der Milchprodukte in China verseucht worden sind. Der für Erwachsene in der Regel unschädliche Stoff kann bei Babys verheerende Wirkung haben. Mehr als 50 000 Kinder werden in China wegen Nierenerkrankungen behandelt, vier Babys sind bereits gestorben. Ein Sprecher von Cadbury sagte zu den Untersuchungen: „Es ist noch zu früh zu sagen, woher es (das Melamin) kommt und wie weit es verbreitet wurde.“ FTD/AP

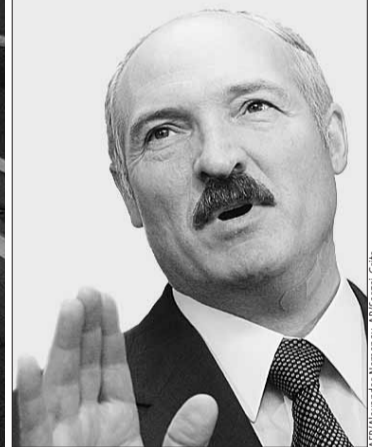
Kooperation von EU und Indien bei Atomtechnik

Die EU und Indien wollen bei der Erforschung der zivilen Nutzung der Atomenergie enger zusammenarbeiten. Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy, derzeit auch EU-Ratsvorsitzender, und der indische Regierungschef Manmohan Singh vereinbarten gestern in Marseille auch das Ziel, den Handel zwischen der EU und Indien innerhalb von fünf Jahren auf 100 Mrd. € pro Jahr zu verdoppeln. Die EU und Indien wollen ein Freihandelsabkommen schließen. DPA



Aufwärts Ausländische Firmen haben ihre Investitionen in Weißrussland zuletzt kräftig erhöht.

Protest Am Wahlabend protestieren Oppositionelle (l.) in Minsk gegen Europas letzten Diktator, Alexander Lukaschenko (u.).



Japan sucht Heil in neuen Märkten

Mehr Handel mit Schwellenländern gefordert · FTD-Interview

VON MARTIN KÖLLING, TOKIO

Asiens exportorientierte Volkswirtschaften müssen ihre Abhängigkeit von den USA senken und das Wachstum in den Schwellenländern suchen. Das fordert der Vorsitzende der japanischen Außenhandelsbehörde (Jetro), Yasuo Hayashi. „Es gibt eine reale Notwendigkeit zum Wandel“, sagte Hayashi im Gespräch mit der FTD.

Der Grund für die Neuorientierung ist die US-Finanz- und Wirtschaftskrise. Das Zeitalter des globalen Hochwachstums sei vorüber. „Jetzt müssen wir mit der Annahme arbeiten, dass das globale Wachstum niedriger als in den letzten Jahren sein wird, und Sicherheitsnetze für den Mittelstand errichten.“

In den vergangenen Jahren hätten die US-Verbraucher in der Illusion ewig steigender Immobilienpreise der Weltwirtschaft zu „noch nie da gewesenem Wachstum“ verholfen, allerdings auf Pump, sagte Hayashi. Mit dem Platzen der Blase geraten die USA immer stärker in eine Krise, die Kaufkraft sinkt. „Die Schwäche des US-Konsums hat angefangen, uns zu beißen“, sagte Hayashi.

Japans Wirtschaft rutscht nach sechs Jahren Aufschwung wieder in die Rezession. Im August musste das Land erstmals seit 26 Jahren wieder ein Handelsbilanzdefizit hinnehmen. Chinas Wirtschaftswachstum wird dieses Jahr unter die sonst üblichen zehn Prozent rutschen, warnen die Ökonomen der Investmentbank Goldman Sachs. Indiens Wachstumsrate sinkt von 9,7 Prozent im Jahr 2007 auf nur noch 7,8 Prozent 2009.

Dennoch sind die Schwellenländer für Hayashi die Wachstumsmotoren. „Eher als auf dem US-Markt zu konkurrieren, sollten wir mehr Gewicht auf die entstehenden Märkte legen“, sagte er. Diese Märkte seien nicht nur vom Export getrieben, „sondern auch von der einheimischen Nachfrage“.

Viele Firmen haben in den vergangenen Jahren bereits reagiert und ihre Investitionen nicht nur in China, sondern auch in Indien, Brasilien und Russland erhöht. Doch Japan sollte sich auf diesen Märkten und bei den Unternehmen noch stärker engagieren, sagte Hayashi. „Ein gesundes Wachstum der entstehenden Märkte wird das Wachstum der Welt anführen.“

Ecuador schreckt Investoren

Neue Verfassung angenommen · Wirtschaft besorgt über Kurs des Präsidenten

VON TOBIAS KÄUFER, QUITO, UND MAX BOROWSKI, BERLIN

Ecuador bekommt eine neue, sozialistisch geprägte Verfassung. Hochrechnungen zufolge stimmten in einem Referendum am Sonntag rund 65 Prozent der Wähler für den 444 Artikel umfassenden Entwurf. Präsident Rafael Correa sprach von einem „historischen Sieg“ über die „alten Machtstrukturen“ in dem südamerikanischen Land. Wirtschaftsvertreter reagierten dagegen besorgt.

Gut eineinhalb Jahre nach seinem Amtsantritt konnte der 45 Jahre junge Präsident damit seine Macht im von politischer Instabilität und häufigen Regierungswechseln geprägten Land festigen. Die neue Verfassung ermöglicht unter anderem eine Wiederwahl des Staatsoberhauptes. Beobachter erwarten, dass Correa bis Anfang nächsten Jahres Neuwahlen ausrufen wird. Gewinnt der beliebte Correa auch diese Wahl, könnte er

danach ein zweites Mal wiedergewählt werden und damit ein ganzes Jahrzehnt an der Spitze des Staates stehen.

Bislang waren die Amtszeiten des Präsidenten auf vier Jahre begrenzt. Seit 1996 konnte jedoch kein Staatsoberhaupt seine reguläre Amtszeit beenden. Die neue Verfassung ist die zwanzigste seit der Unabhängigkeit Ecuadors 1830. Sie stärkt die Position des Präsidenten auf allen Ebenen. Der Einfluss des Parlaments und des Militärs wird eingeschränkt.

Hehre Ziele

Glück Mit 444 Artikeln ist Ecuadors Verfassung ungewöhnlich lang. Und sie verspricht viel – darunter Gleichberechtigung, Umweltschutz, effiziente Verwaltung und „Sumak Kawsay“, in der Sprache Quechua etwa „gutes Leben“.

Unter anderem kann Correa künftig mehr Einfluss auf „strategische“ Branchen nehmen: Ölförderung, Bergbau und Telekommunikation werden stärker reguliert. Monopole können leichter zerschlagen werden. In Zukunft wird nicht mehr die Zentralbank die Geldpolitik bestimmen, sondern der Präsident.

Der in den USA promovierte Ökonom Correa, so hofften Investoren lange, werde nicht die gleichen Fehler machen wie sein Verbündeter Präsident Hugo Chávez in

Venezuela. Dieser hat mit massiven Eingriffen in die Wirtschaft die Inflation in seinem Land auf Höchststände und Investoren aus dem Land getrieben. Doch die neue, von Correa vorangetriebene Verfassung, der Verschleiß von drei Finanzministern in kaum zwei Jahren und Äußerungen, in denen der Präsident die Notwendigkeit, Auslandsschulden zu bedienen, infrage stellte, lösten zuletzt Sorgen bei Wirtschaftsvertretern aus. Der Direktor des Unternehmerverbands, Bernardo Traversari, beklagte, dass Investitionen die Rechtssicherheit genommen werde. „Die Regierung schenkt dem internationalen Markt keine Beachtung.“

Ecuador ist dringend auf Investoren angewiesen. Das Land ist das zweitärmste in Südamerika. In den vergangenen Jahren ist die Wirtschaft trotz steigender Einnahmen aus dem Ölexport langsamer gewachsen als in anderen Ländern der Region.

Manche Beobachter hoffen allerdings, dass die neue Verfassung mit mehr Kompetenzen für den Präsidenten zu mehr Stabilität führt. Das Ergebnis könne „soziale Konflikte“ entschärfen, sagte Alberto Ramos, Ecuador-Analyst bei Goldman Sachs. MIT BLOOMBERG